28. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Aufträge wurden im Rahmen der sogenannten „Ertüchtigungsinitiative“ nach Kenntnis der Bundesregierung an die Rheinmetall AG vergeben, und wie stellt die Bundesregierung sicher, dass die Ertüchtigungsinitiative nicht zu einer Stärkung repressiver staatlicher Strukturen in den Partnerländern führt?

Antwort des Staatssekretärs Stephan Steinlein vom 13. Oktober 2016

Ziel der Ertüchtigungsinitiative ist es, Partner vor Ort zu unterstützen, damit sie aus eigenen Kräften und in eigener Verantwortung einen Beitrag für regionale Stabilität leisten können. Die Bundesregierung verfolgt dabei einen ganzheitlichen Ansatz und nimmt nicht nur das Militär, sondern auch die (Grenz-)Polizei oder den Katastrophenschutz als Partner in den Blick. Wo immer möglich, werden Ertüchtigungsprojekte in Sicherheitssektorreformen des Partnerlandes eingebettet und in enger Abstimmung mit internationalen Partnern erfolgen. Die Bundesregierung arbeitet mit ausgewählten Projektpartnern für dieses Ziel. Die Auslandsvertretungen und im Ausland stationierte Vertreter der Bundeswehr begleiten die Projektumsetzung.

Bezüglich des Exports von Rüstungsgütern gelten dabei die allgemeinen Verfahren. Die Bundesregierung verfolgt eine restriktive Rüstungsexportpolitik. Über die Erteilung von Genehmigungen für Rüstungsexporte entscheidet die Bundesregierung im Einzelfall und im Lichte der jeweiligen Situation nach sorgfältiger Prüfung unter Einbeziehung außen- und sicherheitspolitischer Erwägungen. Grundlage hierfür sind die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ aus dem Jahr 2000 und der „Gemeinsame Standpunkt des Rates der Europäischen Union vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern“. Der Beachtung der Menschenrechte wird bei Rüstungsexportentscheidungen ein besonderes Gewicht beigemessen.

Bei der Planung und Durchführung von Projekten im Rahmen der Ertüchtigungsinitiative berücksichtigt die Bundesregierung die menschenrechtliche Lage im jeweiligen Land und der Region. Die deutschen Auslandsvertretungen sowie die für die Projektimplementierung zuständigen Vertreter der Bundeswehr stehen mit den zuständigen Institutionen des Gastlands im engen Kontakt und beobachten die politische Lageentwicklung ebenso wie den Projektverlauf dabei kontinuierlich.

Die Bundesregierung arbeitet in einem Ertüchtigungsprojekt, der Lieferung von Schützenpanzern „Marder 1A3“ an die jordanischen Streitkräfte zur Erhöhung der Fähigkeiten der jordanischen Streitkräfte bei der Grenzsicherung zu Syrien und Irak, mit der Rheinmetall AG zusammen. Die Maßnahme trägt zur längerfristigen Ertüchtigung der jordanischen Streitkräfte im Rahmen der NATO-Defence-Capacity-Building-Initiative bei.